

<b>Sitzungsvorlage</b>	<b>Vorlage- Nr:</b> VO/2010/1471-20	
Federführend: 20 Kämmereiamt	Status: öffentlich	
Beteiligt: 51 Jugendamt	Aktenzeichen: Datum: 16.11.2010 Referent: Bertram Felix Amtsleiter: Peter Distler Sachbearbeiter: Thomas Friedrich	
<b>Haushaltsberatungen 2011; Empfehlungen aus der Bürgerversammlung vom 12.10.2010; Antrag von Frau Bernadette Wohn, Theodor-Heuss-Ring 54, 96050 Bamberg</b>		
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
01.12.2010	Finanzsenat	Empfehlung
08.12.2010	Stadtrat der Stadt Bamberg	Entscheidung

## I. Sitzungsvortrag:

In der Bürgerversammlung am 12.10.2010 stellte Frau Wohn stellvertretend für die Elterninitiative daBEI folgenden Antrag:

„Die Elterninitiative daBEI fordert, die erforderlichen finanziellen Mittel für eine dauerhafte Qualitätssicherung der Kinderbetreuungssituation in der Stadt Bamberg wieder bereitzustellen.“

Dieser Antrag wurde mehrheitlich angenommen und ist auf ausdrücklichen Wunsch der Antragstellerin im Rahmen der Haushaltsberatungen für das Haushaltsjahr 2011 zu behandeln.

Mit Beschluss des Stadtrates vom 30.04.2008 wurde zusätzlich zu den bisherigen freiwilligen Personalkostenzuschüssen für die Kindertagesstätten ein Bamberg-spezifischer Basiswert eingeführt, der mit jährlich 365.000 € auf die Haushaltsjahre 2009 bis 2011 befristet war. Ebenfalls per Stadtratsbeschluss (09.12.2009) wurde der für das Haushaltsjahr 2011 vorgesehene Betrag von 365.000 € für die Schaffung von Kinderkrippenplätzen aus der Sonderrücklage „Kinder - Bamberg's Zukunft“ eingezogen und der Sonderrücklage „Kinderkrippen“ zugeführt.

Sowohl Art. 5 Abs. 1 als auch Art. 18 Abs. 1 des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes machen die Bereitstellung der notwendigen Kindertagesstättenplätze als auch die Bezuschussung der Betriebskosten der jeweiligen Einrichtung von der finanziellen Leistungsfähigkeit der Kommune abhängig.

Da die Umsetzung der bundesgesetzlichen Vorgaben im Kinderkrippenbereich einen nicht unerheblichen Eigenanteil der Stadt Bamberg erfordert (im Verhältnis Bund/Kommunen gibt es kein Konnexitätsprinzip), hat der Stadtrat die Schaffung von Kinderkrippenplätzen (gesetzliche Verpflichtung) vor eine höhere Bezuschussung der Betriebskosten der Kindertagesstätten (freiwillige Leistung) gestellt.

Dennoch stellt die Stadt Bamberg im Haushaltsplan 2011 einen freiwilligen Personalkostenzuschuss in Höhe von insgesamt 365.000 € für die Kindertagesstätten zur Verfügung. Dazu kommen weitere 397.500 € für Instandhaltungszuschüsse, Übernahme von Mieten und Erbbauzinsen sowie Zuschüsse für Leistungen des städtischen Gartenamtes.

Eine Ausweitung dieser freiwilligen Leistung ist aufgrund der angespannten Haushaltslage nicht möglich. So ist der Haushalt der Stadt Bamberg von der Restfinanzierung von Maßnahmen geprägt, die lange vor der - auch von der Stadt Bamberg nicht vorhersehbaren - Weltwirtschaftskrise beschlossen und begonnen wurden.

## II. Beschlussvorschlag:

Der Finanzsenat empfiehlt dem Stadtrat folgende Beschlussfassung:

1. Eine Ausweitung der freiwilligen Personalkostenzuschüsse der Stadt Bamberg an die Träger der Kindertagesstätten (Bamberg-spezifischer Basiswert) ist aufgrund der finanziellen Leistungsfähigkeit nicht möglich.
2. Der Antrag von Frau Wohn aus der Bürgerversammlung vom 12.10.2010 ist damit nach den Vorschriften der Bayerischen Gemeindeordnung erledigt.

## III. Finanzielle Auswirkungen:

Der unter II. empfohlene Beschlussantrag verursacht

<b>X</b>	<b>1.</b>	keine Kosten
	<b>2.</b>	Kosten in Höhe von für die Deckung im laufenden Haushaltsjahr bzw. im geltenden Finanzplan gegeben ist
	<b>3.</b>	Kosten in Höhe von für die keine Deckung im Haushalt gegeben ist. Im Rahmen der vom Antrag stellenden Amt/Referat zu bewirtschaftenden Mittel wird folgender Deckungsvorschlag gemacht:
	<b>4.</b>	Kosten in künftigen Haushaltsjahren: Personalkosten: Sachkosten:

Falls Alternative 3. und/oder 4. vorliegt:

In das **Finanzreferat** zur Stellungnahme.

Stellungnahme des **Finanzreferates**:

**Verteiler:**

- a) Amt 51 zur Kenntnis;
- b) Amt 20/200 zur Information der Antragstellerin;
- c) Referat 2 zur Rücksprache R20-614/10;
- d) Amt 20 zur Rücksprache R20-614/10;
- e) Amt 20 zur Haushaltsakte 2011;
- f) Amt 20 Beschlüsse

Referat 2 \_\_\_\_\_  
Bertram Felix

Amt 20 \_\_\_\_\_  
Peter Distler

SG 200 \_\_\_\_\_  
Thomas Friedrich